



Detailansicht des Registereintrags

Reporter ohne Grenzen (RSF Germany; RSF Deutschland)

Aktuell seit 27.01.2026 11:19:48

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002214
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	27.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	20.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Publix Hermannstraße 90 12051 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930609895330 E-Mail-Adressen: kontakt@reporter-ohne-grenzen.de Webseiten: https://www.reporter-ohne-grenzen.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

360.001 bis 370.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

7,63

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Martin Kaul**
Funktion: Geschäftsführender Vorstand
2. **Dr. Maik Thieme**
Funktion: Kaufmännische Geschäftsführung
3. **Tamina Kutscher**
Funktion: Geschäftsführende Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Lisa Maria Kretschmer**
2. **Nube Álvarez Sagahon**
3. **Helen Deacon**
4. **Dr. Noura Chalati**
5. **Alina Clasen**
6. **Maximilian Jung**
7. **Tamina Kutscher**

Gesamtzahl der Mitglieder:

3.570 Mitglieder am 11.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (11):

1. Reporters Sans Frontières (RSF)
2. Bündnis F5
3. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
4. Forum Menschenrechte e.V.
5. Deutsches Institut für Menschenrechte
6. Forum Medien und Entwicklung
7. Coalition against Transnational Repression
8. European Digital Rights (EDRi) network
9. Dialog für Cyber-Sicherheit des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
10. No-SLAPP Bündnis
11. Internet Governance Forum Deutschland (IGF-D) e.V. (i.Gr.)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Außenpolitik; Menschenrechte; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Meinungs- und Pressefreiheit; Ausländer-

und Aufenthaltsrecht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Verwaltungstransparenz/Open Government; Rüstungsangelegenheiten

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Ziel von Reporter ohne Grenzen e.V. (RSF) ist die Verteidigung des Menschenrechts der Pressefreiheit. Zu diesem Zweck verfolgt RSF folgende Tätigkeiten im Sinne einer Interessenvertretung nach § 1 Absatz 3 LobbyRG:

- Politische Gespräche mit Gremien, Mitgliedern, Fraktionen und Gruppen des Bundestags und deren Mitarbeitenden, mit der Bundesregierung und ihren Mitarbeitenden, konkret dem Bundeskanzler, Bundesminister*innen, parlamentarischen Staatssekretär*innen, Staatssekretär*innen, Abteilungs-, Unterabteilungs-, und Referatsleiter*innen zu konkreten Gesetzgebungsvorhaben, Strategieprozessen, aus Anlass konkreter Reisen und Veranstaltungen oder politischer Ereignisse mit Bezug zum Thema Pressefreiheit, allein oder gemeinsam mit anderen Organisationen.
- In diesem Zusammenhang: Zustellung von Briefings, Berichten und Stellungnahmen.
- Ausrichtung von oder Teilnahme an politischen Veranstaltungen wie z.B. parlamentarischen Frühstück und Abenden.
- Ausübung der Funktion als Sachverständige im Rahmen von Anhörungen.
- Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren und Berichten mit Bezug zu Pressefreiheit, z.B. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Nationale Umsetzung der europäischen Anti-SLAPP-Richtlinie

Beschreibung:

Wirksamer Schutz von Journalist*innen und Medienschaffenden vor Einschüchterungsklagen bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) in nationales Recht.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 8529/22 [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GKG 2004 [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110024 (PDF - 63 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Nationale Umsetzung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (EMFA)

Beschreibung:

Sicherstellung von Medienfreiheit und redaktioneller Unabhängigkeit in Europa.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 12413/22 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110028 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

3. Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Das Digitale Dienste Gesetz sollte Medienschaffende als zu schützende Berufsgruppe berücksichtigen. Dafür sind Verbesserungen beim Verständnis von digitaler Gewalt, der Sicherung von Anonymität im Internet sowie der richterlich angeordneten Accountsperrern vonnöten. RSF setzt sich für die effektive Umsetzung der Rolle des inländischen Zustellungsbevollmächtigten ein.

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

4. Reform des Nachrichtendienstrechts I: Änderung des BND-Gesetzes

Beschreibung:

Ausräumen von verfassungsrechtlichen Risiken und unrechtmäßigem Eingriff in Grundrechte, insbesondere der Pressefreiheit im Rahmen der Datenübermittlung zwischen u.
a. Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden. Datenübermittlung muss den Vorgaben des Gerichtsurteils entsprechen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8626 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8627 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes

Zuständiges Ministerium: BKAmt [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BVerfSchG [alle RV hierzu]; BNDG [alle RV hierzu]; MADG [alle RV hierzu]; SÜG [alle RV hierzu]; G10 2001 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

5. Digitale-Dienste-Gesetz (DDG)

Beschreibung:

Rechtssichere und konforme Umsetzung des europäischen Digitale Services Act in nationales Recht durch das Digitale-Dienste-Gesetz, insbesondere Einsatz für unabhängige Koordinierungsstelle (DSC), grundrechtskonforme Datenweitergabe der Plattformen an das BKA, nutzer*innenfreundliche Beschwerdeverfahren, Forschungsdatenzugang sowie inländische Zustellungsbevollmächtigte.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10031 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10281 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze - Drucksache 20/10031 - Stellungnahme des Bu...

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 153/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur

Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019 /1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Betroffenes geltendes Recht:

NetzDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

6. **Fortentwicklung des Völkerstrafrechts**

Beschreibung:

RSF setzt sich für eine mit Blick auf Verbrechen gegen Medienschaffende angemessene Auslegung, Anwendung und Fortentwicklung des Völkerstrafrechts in Deutschland ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9471 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VStGB [alle RV hierzu]; GVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

7. **Strafrechtsreform**

Beschreibung:

Abschaffung von § 353d Nr. 3 StGB

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14257 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Strafrechts

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Modernisierung des Strafgesetzbuchs (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

8. **Global Digital Compact der UN**

Beschreibung:

Global Digital Compacts der UN sollte ein offenes, freies und sicheres Internet im Sinne der Menschenrechte, insb. der Presse- und Informationsfreiheit, weltweit fördern.

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180116 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Überwachungsgesamtrechnung, Freiheitskommission**Beschreibung:**

Überwachungsgesamtrechnung als dauerhaftes Instrument zur rechtlichen und tatsächlichen Evaluation der Grundrechtseingriffe bei Überwachungsmaßnahmen verankern;
Freiheitskommission per Gesetz etablieren.

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

10. Recht auf Verschlüsselung**Beschreibung:**

Schutz des digitalen Briefgeheimnisses sicherstellen, verschlüsselte Kommunikation lückenlos schützen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des TelekommunikationTelemedien-Datenschutz-Gesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 07.02.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

11. Reform des Nachrichtendienstrechts II: Kontrolle stärken

Beschreibung:

Kontrolle der Nachrichtendienste stärken, Medienschaffende besser vor illegitimer Überwachung schützen.

Betroffenes geltendes Recht:

BNDG [alle RV hierzu]; MADG [alle RV hierzu]; G10 2001 [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

12. Bundestransparenzgesetz/ Recht auf Offene Daten

Beschreibung:

Einführung eines Bundestransparenzgesetzes zur Stärkung des Rechts auf Zugang zu Informationen.

Betroffenes geltendes Recht:

EGovG [alle RV hierzu]; DNG [alle RV hierzu]; IFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

13. Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern; "Chatkontrolle" der EU

Beschreibung:

Illegitime Überwachungsbefugnisse und Eingriffe in vertrauliche Kommunikation verhindern; Verschlüsselung nicht aushöhlen.

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

14. Empfehlungen des EU-PEGA-Committees zum Einsatz von Staatstrojanern in der EU

Beschreibung:

Umsetzung der Empfehlungen des EU-PEGA-Committees zum Einsatz von Staatstrojanern; Aufklärung der bekannten Fälle von missbräuchlicher Nutzung des Staatstrojaners Pegasus, Predator und Co. in der EU; Ergreifen von rechtlichen und praktischen Maßnahmen der Rechenschaftsablegung; Umsetzung eines Moratoriums.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10880 (Vorgang) [alle RV hierzu]

4. Sitzungswoche 2023 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 9. bis 13. Juni 2023 in Straßburg, Frankreich

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

15. Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Zur Bundestagswahl 2025 fordert Reporter ohne Grenzen (RSF) umfassende Maßnahmen zum Schutz der Pressefreiheit. Journalistinnen und Journalisten sollen wirksam vor Gewalt, Überwachung und Einschüchterung geschützt werden. Dazu zählt der bessere Schutz bei Demonstrationen, die Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie und stärkere Kontrolle von Sicherheitsbehörden. RSF verlangt zudem ein Recht auf sichere Kommunikation, eine transparente Medienförderung, Reformen im Medienkonzentrationsrecht und die konsequente Anwendung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes. Exiljournalistinnen und Exiljournalisten sollen durch humanitäre Visa, Schutzprogramme und gezielte Förderung unterstützt werden. Pressefreiheit müsse auch in der Digital- und Sicherheitspolitik oberstes Gebot sein.

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506190018** [\(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin
Betrag: 400.001 bis 410.000 Euro

Die Mittel werden zur Umsetzung eines Programms für die Sicherheit von Journalist*innen in Mexiko, Brasilien und Syrien genutzt. Hierbei wird kooperiert mit der mexikanischen Menschenrechts-NGO Propuesta Civica, dem RSF-Büro Lateinamerika in Rio de Janeiro und dem Syrian Center for Media and Freedom of Expression. Das Defending Voices Program for the Safety of Journalists soll dazu beitragen, in beiden Ländern sichere Arbeitsumfelder zu schaffen und die Straflosigkeit für Verbrechen gegen Medienschaffende zu bekämpfen.

2. Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin

Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro

Reporter ohne Grenzen gibt Journalist*innen aus Kriegs- und Krisengebieten die Möglichkeit, für vier Monate in Berlin eine Auszeit zu bekommen und in Fragen der digitalen Sicherheit weitergebildet zu werden.

Den Stipendiat*innen wird praktisches Wissen vermittelt, um sich in ihrer journalistischen Arbeit vor digitalen Gefahren schützen zu können. In einem zweiten Schritt bereiten die Stipendiat*innen ein eigenes Trainingskonzept vor, mit dem sie in ihren Heimatländern das gelernte Wissen an Kolleg*innen weiterverbreiten. Dadurch soll das Wissen über digitale Sicherheit über das Stipendienprogramm hinaus zum Schutz von Medienschaffenden beitragen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.450.001 bis 2.460.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (6):

1. Postcode Lotterie DT gemeinnützige GmbH

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Fördermittel

2. Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Fördermittel

3. Bürkert Foundation GmbH

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende

4. Börge Schubkegel

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Spende

5. Stiftung Mercator GmbH

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Spende

6. **Stink GmbH**

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Sachspende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

410.001 bis 420.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[RSF-Testat-Wirtschaftspruefung-2024.pdf](#)